



SVP-Präsident Albert Rösti: «Es scheint, als brauche es jetzt eine Initiative zur Halbierung der Rundfunkgebühren.» Foto: Adrian Moser

Trotz Schlappe in Zürich: FDP setzt weiter aufs Klimathema

Klimapolitik Die Zürcher Wahlen befeuern in der FDP den Streit um die richtige Wahlkampfstrategie.

Nach den Verlusten der FDP bei den Zürcher Wahlen wird Kritik am Kurs der Mutterpartei laut. «Es war strategisch ein grosser Fehler, sich mitten im Wahlkampf auf das Terrain des Gegners zu begeben», sagt Alain Schwald, Präsident der FDP Bezirk Affoltern. Auch Nicolas Rimoldi, Vizepräsident der Jungfreisinnigen in Luzern, schreibt auf Twitter, die Partei zahle einen hohen Preis für den Slalomkurs ihrer Führung. «Letzte Alarmglocke: Bitte zurück zu den liberalen Werten!»

Die beiden Freisinnigen spielen auf FDP-Präsidentin Petra Güssi an, die Mitte Februar eine klimapolitische Kursänderung angekündigt hatte, begleitet von einer Befragung der eigenen Basis. «Damit hat die FDP selber dazu beigetragen, dass das Klima zum Hype wird», sagt Schwald. Es sei absehbar gewesen, dass davon nur die grünen Kräfte profitieren würden. «Wir können nicht die Grünliberalen kopieren und ernstlich das Gefühl haben, der GLP dabei das Wasser abgraben zu können.»

So kritisch und zugleich mit Name zitierbar äussern sich im Freisinn derzeit nur wenige zur Frage, welche Folgen es hat, wenn die FDP nun das Feld der Klimapolitik beackert. Andere tragen ihre Bedenken hinter vorgehaltener Hand vor: Es sei gefährlich, sich auf die Klimadebatte einzulassen, wie sie von den grünen Kräften angeheizt werde, so ein FDP-Nationalrat. Die FDP verstärke so in der Bevölkerung den Eindruck, wonach es sich um *das* Problem schlechthin handle – ohne dass es der FDP selber nütze. Beim Klimathema gewinne stets das Original. Die Zürcher Wahlen hätten dies gezeigt.

«Wir können so punkten»

Die FDP-Parteileitung hält jedoch an ihrem Plan fest. Am Donnerstag wird sie den Fragekatalog für ihre Basis präsentieren. Aus den Antworten soll ein Positionspapier hervorgehen, das die Parteileitung am 22. Juni den Delegierten vorlegen wird. Kommunikationschef Martin Stucki ist überzeugt, dass der FDP die Diskussion über ihre eigene Klimapolitik nicht schaden wird. «Wir haben auf die Ankündigung, eine Mitgliederbefragung durchzuführen, sehr

viele positive Reaktionen erhalten.» Es bestehe im Freisinn ein grosses Bedürfnis, die Haltung zur Umwelt- und Klimapolitik zu schärfen und stärker in den Vordergrund zu rücken.

Diese Ansicht scheint auch in der FDP-Bundeshausfraktion vorherrschend zu sein, wie Gespräche mit Parlamentariern zeigen. «Es ist richtig, dass wir diese Befragung jetzt durchführen», sagt Nationalrat Hans-Ulrich Bigler. Dabei gehe es auch darum, das Thema zu besetzen, also aufzuzeigen, wie eine griffige Klimapolitik mit liberalem Ansatz – also mit Eigenverantwortung und so wenig staatlichen Interventionen wie nötig – aussehe. «Damit können wir bei den Wahlen im Herbst punkten.»

Zeitpunkt als Problem?

Aus der Fraktion dringen aber auch Bedenken. Für Nationalrat Hans-Peter Portmann stellt sich die Frage, ob die Partei von gewissen Grundsätzen abrücken könne, ohne unter dem Strich Wähler zu verlieren. Es wäre, so resümiert er, sinnvoller gewesen, die Basisbefragung bereits im Rahmen der Energiestrategie 2050 durchzuführen, also 2017. Damals schon sei der Freisinn gespalten gewesen. «So hätte die FDP ihren energie- und klimapolitischen Kurs allenfalls justieren können und wäre gefestigter in die Debatte um das CO₂-Gesetz gestartet.»

Ähnlich äussert sich der Zürcher FDP-Politiker Schwald: Die Mitgliederbefragung sei inhaltlich richtig, nicht aber zum jetzigen Zeitpunkt. Damit trage die FDP selber dazu bei, ein Thema oben auf der Agenda zu halten, «mit dem wir keine Wähler gewinnen können».

So weit wie Schwald geht der Berner Politikwissenschaftler Marc Bühlmann in seiner Analyse nicht. Er beurteilt die Ausgangslage für die FDP aber als knifflig: «Tut sie nichts, wird man ihr vorhalten, die Klimapolitik und damit ein wichtiges Thema zu ignorieren.» Unternehme sie etwas wie nun mit der Basisbefragung, bestehe das Risiko, dass sie ein Thema bewirtschafte, von dem vor allem jene Parteien mit «grün» in ihrem Namen profitieren würden.

Stefan Häne

